

Antrag Ini01: Keine Nachteile durch BAföG-Erhöhungen – Aussetzung der Krankenkassenbeiträge bis zum Ende des Studiums!

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Bremen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Als Studierende setzen wir uns dafür ein, dass die finanzielle Belastung während des
2 Studiums nicht weiter steigt. Die angekündigten BAföG-Erhöhungen, die eigentlich der
3 Entlastung dienen sollen, drohen durch gleichzeitig steigende Krankenkassenbeiträge
4 jedoch ins Leere zu laufen.

5 Die Krankenkassenbeiträge für Studierende werden in regelmäßigen Abständen angepasst.
6 Diese Anpassungen orientieren sich unter anderem an den allgemeinen
7 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sowie an politischen Entscheidungen, die auf
8 die Finanzierung des Gesundheitssystems abzielen. Studierende müssen neben den
9 Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auch Beiträge zur
10 Pflegeversicherung zahlen. Besonders stark betroffen sind dabei ältere Studierende ab
11 30 Jahren sowie diejenigen, die nicht mehr in den günstigen studentischen Tarifen
12 versichert sind. Zudem gibt es jährliche Anpassungen, die zu einer schleichenden
13 Erhöhung der Beiträge führen, was vielen Studierenden aufgrund ihrer prekären
14 finanziellen Lage schwerfällt aufzufangen.

15 Die aktuell angekündigten Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge treffen also genau die
16 Zielgruppe, die bereits stark unter steigenden Lebenshaltungskosten, Mieten und
17 Studienmaterialien leidet. Diese Entwicklung konterkariert das Ziel der BAföG-
18 Erhöhungen, welche eigentlich darauf abzielen, Studierenden mehr finanzielle
19 Entlastung zu verschaffen. Wenn gleichzeitig die Krankenkassenbeiträge steigen,
20 verpufft dieser Effekt, da ein Teil des zusätzlichen BAföG direkt für höhere
21 Krankenversicherungsbeiträge aufgebracht werden muss. Dies führt dazu, dass die
22 finanzielle Situation vieler Studierender nicht spürbar verbessert wird, obwohl eine
23 BAföG-Erhöpfung versprochen wurde.

24 Wir fordern daher, dass BAföG-Erhöhungen nicht durch höhere Krankenkassenbeiträge
25 ausgeglichen werden und dass auch diejenigen, die kein BAföG erhalten, nicht durch
26 diese Erhöhungen benachteiligt werden.

27 **Deshalb fordern wir:**

28 **1. Keine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge während des Studiums!**

29 Die finanzielle Lage vieler Studierender ist ohnehin angespannt. Steigende
30 Mietpreise, höhere Lebenshaltungskosten und die Anforderungen des Studiums
31 machen es vielen schwer, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Eine Erhöhung der
32 Krankenkassenbeiträge verschärft diese Situation weiter. Dies betrifft nicht nur
33 BAföG-Empfänger*innen, sondern auch diejenigen, die keinen Anspruch auf
34 staatliche Unterstützung haben. Wir fordern daher, dass Studierende während
35 ihres gesamten Studiums vor einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge geschützt
36 werden.

37 **2. Krankenkassenbeiträge bis zum Ende des Studiums aussetzen oder konstant halten!**

38 Studierende sollten bis zum Abschluss ihres Studiums von Erhöhungen der
39 Krankenkassenbeiträge ausgenommen sein. Stattdessen sollte ein konstant
40 niedriger und angemessener Beitrag gezahlt werden, der der finanziellen
41 Situation von Studierenden Rechnung trägt. Unsere Priorität liegt darin, das
42 Studium erfolgreich abzuschließen, ohne durch finanzielle Engpässe zu
43 Studienabbrüchen oder übermäßigen Nebenjobs gezwungen zu werden. Eine
44 kontinuierliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge gefährdet dieses Ziel und
45 belastet die Studierenden unverhältnismäßig stark. Der Staat investiert in
46 unsere Bildung, doch diese Investition ist nur dann erfolgreich, wenn wir unser
47 Studium ohne übermäßige finanzielle Belastungen abschließen können.

48 **3. BAföG-Erhöhung muss zu echter Entlastung führen!**

49 Die BAföG-Erhöhung soll dazu beitragen, Studierenden finanzielle Entlastung zu
50 verschaffen. Wenn jedoch gleichzeitig Krankenkassenbeiträge steigen, wird dieser
51 positive Effekt sofort teilweise zunichtegemacht. Dies widerspricht dem
52 eigentlichen Ziel, die finanzielle Situation von Studierenden zu verbessern.
53 Deshalb fordern wir, dass Studierende bis zum Ende ihres Studiums vor steigenden
54 Krankenkassenbeiträgen geschützt werden – unabhängig davon, ob sie BAföG
55 erhalten oder nicht.

56 Unsere Ausbildung ist eine Investition in die Zukunft – eine Zukunft, die nicht durch
57 unnötige finanzielle Belastungen gefährdet oder verzögert werden darf. Die
58 finanzielle Unterstützung, die durch BAföG-Erhönungen gewährt wird, darf nicht durch
59 andere Kosten ausgeglichen werden, die Studierende in noch größere finanzielle
60 Unsicherheit treiben.

61 **Zusammengefasst: Studierende brauchen echte Entlastungen, keine neuen Belastungen!**

62
63 Es ist an der Zeit, die Studienfinanzierung so zu gestalten, dass sie den realen

64
65 Bedürfnissen der Studierenden gerecht wird. Wir fordern die Aussetzung oder

66
67 Festsetzung der Krankenkassenbeiträge bis zum Ende des Studiums, um sicherzustellen,

68
69 dass die BAföG-Erhönungen wirklich dort ankommen, wo sie gebraucht werden – bei uns

70
71 Studierenden.